

17. Wahlperiode

Antrag

der Piratenfraktion

Änderung der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin der 17. Wahlperiode

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Die Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. November 2011 (GVBl. S. 537), geändert durch Beschluss vom 19. Juni 2012 (GVBl. S. 219), wird wie folgt geändert:

§ 50 – Kleine Anfragen – In Absatz 1 wird nach Satz 3 ein neuer Satz 4 eingefügt:

„Sieht der Senat sich nicht in der Lage, die Kleine Anfrage innerhalb von zwei Wochen zu beantworten, so ist dies dem fragenden Mitglied des Abgeordnetenhauses unter Nennung eines voraussichtlichen Antwortdatums und den Gründen der Verzögerung unverzüglich jedenfalls aber vor Ablauf der Frist von zwei Wochen mitzuteilen.“

Begründung:

Gemäß § 50 Abs. 1 S. 3 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses (GO Abghs) soll der Senat Kleine Anfragen der Mitglieder des Abgeordnetenhauses innerhalb von zwei Wochen beantworten. Diese Verpflichtung steht unter dem Vorbehalt der Möglichkeit, die Frage in der Frist von zwei Wochen zu beantworten. Für den Fall, dass eine Kleine Anfrage nicht in der gesetzten Frist beantwortet werden kann, sieht die Geschäftsordnung jedoch keine Regelung vor. Einige Senatsverwaltungen beantworten Kleine Anfragen, die in zwei Wochen nicht beantwortet werden können, zu einem späteren Zeitpunkt. Andere Senatsverwaltungen lehnen die Beantwortung unter Hinweis auf die fehlende Möglichkeit der fristgemäßen Beantwortung ab. Die Mitteilung darüber erhalten die Mitglieder des Abgeordnetenhauses regelmäßig erst, nachdem die Frist von zwei Wochen abgelaufen ist. Die dadurch bedingte Verzögerung er-

schwert die parlamentarische Arbeit und schränkt das in Art. 45 Abs. 1 S. 1 der Verfassung von Berlin verankerte Fragerecht der Mitglieder des Abgeordnetenhauses ein. Das Recht Kleine Anfragen zu stellen, ist dabei für das Informationsrecht der Mitglieder des Abgeordnetenhauses schon deshalb von zentraler Bedeutung, da die Mitglieder des Abgeordnetenhauses dieses Recht auch ohne die Unterstützung einer Fraktion ausüben können (vgl. § 47 Abs. 1 S. 2 GO Abghs). Die Mitglieder des Abgeordnetenhauses haben daher ein berechtigtes Interesse frühzeitig zu erfahren, wenn das nach der Geschäftsordnung primär vorgesehene Informationsmittel nicht oder erst erheblich später zum Erfolg führen wird. Die vorgeschlagene Mitteilungs- und Begründungspflicht ist gegenüber einer expliziteren Verpflichtung des Senats für eine aussagekräftige und möglichst fristgemäße Beantwortung zu sorgen auch das mildere Mittel. Der durch die vorgeschlagene Änderung bedingte Mehraufwand ist durch die Bedeutung des Fragerechts gerechtfertigt.

Berlin, den 12.02.2013

Lauer
und die übrigen Mitglieder
der Piratenfraktion